

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Tischauflagen -öffentlich-	2
----------------------------	---

Vorlagendokumente

TOP Ö 13 Bedarfsanerkennung für den Erweiterungsbau mit Mensa und Zubereitungsküche im Grundschulsprengel "Michael Poeschke", Entwicklung Kooperative Ganztagsbildung	
Beschluss Stand: HFPA vom 21.06.2023 510/097/2023/1	3
TOP Ö 15 Neuordnung und Weiterentwicklung Quartier KuBiC / CEG: Durchführung eines städtebaulichen, freiraumplanerischen und hochbaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerbs; hier: Beschluss der Aufgabenstellung	
Anlage 4: Tischauflage UVPA Antrag Nr. 087/2023 der CSU Fraktion 611/145/2023	7
Anlage 5: Antrag 099/2023 611/145/2023	8
TOP Ö 18 Neubau eines zweiten Zugangs am S- Bahnhof Paul-Gossen-Straße	
Beschlussvorlage 66/161/2023/1	9
Lageplan 66/161/2023/1	13
Schnitte 66/161/2023/1	14
Schreiben Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr vom 19.06.2023 66/161/2023/1	15
TOP Ö 19 Anfragen	
Anfrage der AfD betr. Ausbau der Energie	18
Anfrage der AfD betr. Migration	19

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 29.06.2023

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-----|--|-----------------------------|
| 13. | Bedarfsanerkennung für den Erweiterungsbau mit Mensa und Zubereitungsküche im Grundschulsprengel "Michael Poeschke",
Entwicklung Kooperative Ganztagsbildung
Geänderte Vorlage | 510/097/2023/1
Beschluss |
| 15. | Neuordnung und Weiterentwicklung Quartier KuBiC / CEG:
Durchführung eines städtebaulichen, freiraumplanerischen und
hochbaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerbs;
hier: Aufgabenstellung
Antrag Nr. 087/2023 und 099/2023 der CSU-Fraktion | 611/145/2023
Beschluss |
| 18. | Neubau eines zweiten Zugangs am S- Bahnhof Paul-Gossen-Straße
Tischauflage | 66/161/2023/1
Beschluss |
| 19. | Anfragen
Schriftliche Anfragen der AfD betr.
- Migration
- Ausbau der Energie-Infrastruktur in Erlangen | |

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/510-3

Verantwortliche/r:
Stadtjugendamt

Vorlagennummer:
510/097/2023/1

Bedarfsanerkennung für den Erweiterungsbau mit Mensa und Zubereitungsküche im Grundschulsprengel "Michael Poeschke", Entwicklung Kooperative Ganztagsbildung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.06.2023	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Stadtrat	29.06.2023	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

24, 40, IV/BB, MPS

I. Antrag

1. Der Bedarf an 200 Ganztagsbetreuungsplätzen (davon bis zu 32 integrativ) innerhalb des Modellprojekts „Kooperative Ganztagsbildung (KoGa)“ im Grundschulsprengel „Michael-Poeschke-Schule“ wird als notwendig anerkannt.
2. Dem Bedarf einer Mensa und Zubereitungsküche im Erweiterungsbau zur Versorgung des Ganztagesbereiches an der Michael-Poeschke-Schule sowie der Otfried-Preußler-Schule wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für einen Erweiterungsbau fortzuführen und möglichst bis 2026 umzusetzen.
4. Die Entwicklung des Modellvorhabens KoGa sowie die Meilensteine werden zur Kenntnis genommen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Gewährleistung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung (ab dem Schuljahr 2026/2027) im Grundschulsprengel „Michael-Poeschke“.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Derzeit besuchen 100 Kinder den städtischen Kinderhort „HoLiSt“ an der Michael-Poeschke-Schule (Buchung der flexiblen Variante). Diese Platzzahl wurde im Rahmen des Modellvorhabens KoGa (siehe Beschluss Nr.: IV/51/020/2021) von 50 auf 100 in den Jahren 2021 und 2022 erhöht. Weiterhin wurden Inklusionsplätze für die Kinder der Partnerklasse geschaffen. Derzeit besuchen drei Kinder der Lebenshilfe (Georg-Zahn-Schule) den Hort HoList. In Zusammenarbeit mit Schule und Jugendhilfe wird seit Beginn des Modellvorhabens ein pädagogisches Konzept erarbeitet und laufend fortgeführt.

Neben der Einführung der flexiblen Variante und der Horterweiterung wird nun ab dem Schuljahr 2023/24 der schulische Ganztagsbetrieb eingeführt (siehe Beschluss Nr. IV/40/143/2023), für welchen der Hort als Kooperationspartner eingesetzt ist. Zeitgleich wird die an der Schule bestehende Mittagsbetreuung des Fördervereins abgelöst. Der gebundene Ganztagsbetrieb, wie auch die Partnerklassen, werden in den Folgejahren sukzessive ausgebaut. Im Endausbau soll es einen durchgängigen Ganztagszug sowie einen Partnerklassenzug geben. Die genaue zeitliche Abfolge und die konkreten Meilensteine sind in der Anlage dargestellt.

Bedarfsbestätigung der Jugendhilfeplanung

- Für die 207 Schüler*innen im Sprengel werden im Schuljahr 22/23 insgesamt 237 Plätze angeboten. Dies entspricht einer Versorgungsquote von 115%.
- Die Mittagsbetreuung des Fördervereins wird abgebaut. Hierdurch ergibt sich keine Erhöhung der Platzzahl, jedoch wird eine qualitative Verbesserung des Angebotes erreicht.
- Die Schülerzahl steigt bis zum Schuljahr 26/27 auf 235 Schüler*innen. Durch den geplanten Ausbau um 64 Plätze, erhöht sich die Platzzahl auf 301 und die Versorgungsquote auf 128%.
- Da mehrere Einrichtungen ein über den Sprengel hinausreichendes bzw. stadtweites Einzugsgebiet haben (Otfried-Preußler-Schule, Lernstuben, integrative Plätze), ist die erhöhte Quote bedarfsdeckend. Dies bestätigt sich auch in der Praxis mit einer vollumfänglichen Auslastung des Platzangebotes.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Platzzahlen sowie die geplanten Veränderungen im Sprengel.

Bestand 2022/23	Adresse	Platzzahl
Kinderzentrum Thomizil	Liegnitzer Straße 20	25
Städt. Kinderhort - "HoLiSt"	Liegnitzer Straße 22	100
Haus für Kinder "St. Sebald"	Egerlandstraße 24	28
Städt. Grundschullernstube "Röthelheim"	Sophienstr. 90	32
Mittagsbetreuung	Liegnitzer Straße 22	52
Summe Bestand		237
Geplant für 2026/2027		
Lernstube BBGZ	Hartmannstraße	16
Mittagbetreuung	Liegnitzer Straße 22	-52
Gebundener Ganzttag	Liegnitzer Straße 22	100
Summe		64

Der Bedarf von 200 gleichzeitig nutzbaren Betreuungsplätzen an der Michael-Poeschke-Schule, (bestehend aus 100 Hort- und 100 gebundenen Ganztagesbetreuungsplätzen) hiervon bis zu 32 integrativ, wird von der Jugendhilfeplanung bestätigt.

Um dies umzusetzen, bedarf es eines Erweiterungsbaus, da die Klassenzimmer, in denen der Hort derzeit untergebracht ist, für die Partnerklassen benötigt werden.

Eine Deckung des Gesamtbedarfes und Sicherstellung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung ab 2026 kann somit gewährleistet werden.

Diese, als sog. Kombieinrichtung konzipierte Erweiterung, wird als Nutzungseinheit mit der Schule insgesamt 200 Grundschulkindern Betreuungsplätze anbieten. Hierbei werden die Systeme Schule und Kinder- und Jugendhilfe eng verzahnt.

Die im Kombimodell geforderte räumliche Verquickung und inhaltliche Verzahnung ist mittels des gemeinsamen Angebotes von Schule und Jugendhilfe gegeben. Außerdem wurde eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen (siehe Beschluss Nr.: IV/51/020/2021).

Mit dem Neubau entsteht ein Bildungscampus, der gemeinsam von der Schule und dem Kinder- und Jugendhilfeangebot genutzt wird. Die wesentlichen Merkmale des Modellvorhabens der Kooperativen Ganztagsbildung und des von Schule und Kinder- und Jugendhilfe gemeinsamen Bildungs- und Betreuungsangebotes sind:

- Schule und Ganztagskooperationspartner (städtischer Hort) wirken partnerschaftlich zu-

sammen

- Gemeinsame Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrages
- Organisatorische und personelle Verzahnung
- Gemeinsam genutzter Bildungscampus (räumliche Verzahnung) und
- Individuell auf Schulstandort zugeschnittenes Konzept

Die Planungen sehen außerdem vor, im Speisebereich neben den 200 Kindern aus der Michael-Poeschke-Schule auch noch bis zu 50 Kinder aus der Otfried-Preußler-Schule versorgen zu können (siehe auch Beschluss Nr. IV/40/141/2023). Aufgrund der inklusiven Ausrichtung des Projektes ist vorgesehen, den Küchenbetrieb inklusiv zu betreiben und extern zu vergeben.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Neubau eines Erweiterungsbaus für die kooperative Ganztagsbildung für 200 Ganztagsbetreuungsplätze, davon 20 integrativ.

Sollte sich aufgrund einer geringeren Nachfrage an Ganztagsplätzen (in MPS und OPS) oder einer höheren Nachfrage an Integrativplätzen von Kindern aus den Partnerklassen zeitweise ein höherer Bedarf an Hortplätzen ergeben, könnten perspektivisch Flächen der Schule im Partnerklassentrakt nachmittags als Gruppenräume genutzt werden.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ☐ ja, positiv*
- ☐ ja, negativ*
- ☒ nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ☐ ja*
- ☐ nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	ca. 13 Mio. €	bei IPNr.: 211J.574
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	Förderung wird beantragt	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
- ☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.



bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
werden in künftigen Haushalten angemeldet

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.06.2023

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bedarf an 200 Ganztagsbetreuungsplätzen (davon bis zu 32 integrativ) innerhalb des Modellprojekts „Kooperative Ganztagsbildung (KoGa)“ im Grundschulsprengel „Michael-Poeschke-Schule“ wird als notwendig anerkannt.
2. Dem Bedarf einer Mensa und Zubereitungsküche im Erweiterungsbau zur Versorgung des Ganztagesbereiches an der Michael-Poeschke-Schule sowie der Otfried-Preußler-Schule wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für einen Erweiterungsbau fortzuführen und möglichst bis 2026 umzusetzen.
4. Die Entwicklung des Modellvorhabens KoGa sowie die Meilensteine werden zur Kenntnis genommen.

mit 14 gegen 0 Stimmen

Dr. Janik
Vorsitzende/r

Solger
Schriftführer/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 20.06.2023
Antragsnr.: 087/2023
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/61
mit Referat:

20. Juni 2023/AB

Antrag zum UVPA 20. Juni 2023 – TOP 12

Neuordnung und Weiterentwicklung Quartier KuBiC / CEG:

**Durchführung eines städtebaulichen, freiraumplanerischen und
hochbaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerbs -
Aufgabenstellung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

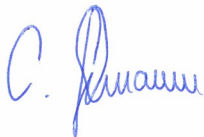
wir beantragen, die Vorlage 611/145/2023 unter TOP 12 der UVPA-Sitzung vom
20.06.2023 wie folgt zu ändern:

Punkt 2.: Die vorgesehene Tiefgarage soll **zweigeschossig** geplant werden.

Die bereits erfolgte Reduktion der Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum hat den
Parkdruck im betreffenden Wohnquartier rund um den Kubic bereits verschärft. Den
Bürgerinnen und Bürgern werden in diesem Zusammenhang regelmäßig Alternativen
zum Parken im öffentlichen Raum in Aussicht gestellt. Beim Kubic kann nun eine
solche Alternative geschaffen werden.

Da die vorgesehene Tiefgarage sehr viel leisten müssen (Lehrerparkplätze,
Besucher Kubic und umliegendes Wohnquartier), ist es notwendig, die maximal
mögliche Schaffung von Stellplätzen zu realisieren. Deswegen soll die Tiefgarage mit
zwei Ebenen geplant werden.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Lehrmann
Stadtrat
CSU-Fraktionsvorsitzender

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: 29.06.2023
Antragsnr.: 099/2023
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/61
mit Referat:

28. Juni 2023/AB

Antrag zum Stadtrat 29. Juni 2023 – TOP 15
Neuordnung und Weiterentwicklung Quartier KuBiC / CEG:
Durchführung eines städtebaulichen, freiraumplanerischen und
hochbaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerbs -
Aufgabenstellung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen, die Vorlage 611/145/2023 unter TOP 15 der Sitzung des Stadtrats am 29.06.2023 wie folgt zu ändern:

Punkt 2.: Die vorgesehene Tiefgarage soll **zweigeschossig** geplant werden. (siehe unser Antrag 87/2023)

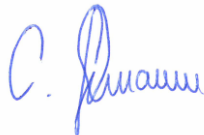
Punkt 3.: Der vorliegenden Aufgabenstellung (Anlage 1) für den Wettbewerb wird mit folgender Ergänzung – wie im UVP 19.10.2021 TOP 18 (Vorlage 611/062/2021/1) beschlossen - zugestimmt:

Die Büroflächen für das Sportamt sind zu berücksichtigen.

UVP 19.10.2021 Vorlage 611/062/2021/1

Unterbringung weiterer Nutzungen: Räume für Sport / Spiel / Bewegung, Büroflächen sowie zu prüfende potentielle Erweiterungsflächen für das CEG, die weiterhin abzustimmen sind

Mit freundlichen Grüßen



Christian Lehrmann
Stadtrat
CSU-Fraktionsvorsitzender

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/66

Verantwortliche/r:
Tiefbauamt

Vorlagennummer:
66/161/2023/1

Neubau eines zweiten Zugangs am S- Bahnhof Paul-Gossen-Straße

Beratungsfolge	Termin	Ö/N Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.06.2023	Ö	Beschluss

Beteiligte Dienststellen
61, GME, Amt 20 zur Info

I. Antrag

Der dargestellte Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

1. Das Projekt wird nicht weiterverfolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für eine Fahrradabstellanlage am Standort Siemens Campus ohne Integration in den S-Bahnzugang wieder aufzunehmen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Zusammenhang mit dem Siemens Campus sollte eine attraktivere Anbindung der S-Bahnhaltestelle Paul-Gossen-Straße an den Siemens Campus geschaffen werden. Hierzu sollte ein barrierefreier zweiter S-Bahnzugang vom südlichen Ende des Bahnsteiges direkt in den Siemens Campus geführt werden. Auf Grund der Finanziellen Größenordnung sind Stadtverwaltung und Siemens gemeinsam der Auffassung, dass trotz der deutlich verbesserten Förderung das Projekt nicht weiterzuverfolgen ist.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

In den vergangenen Jahren fanden mehrere Abstimmungsgespräche zwischen der Stadt Erlangen und der DB Netz AG sowie dem Freistaat statt. Mit Beschluss vom 15.05.2018 (siehe UPVA-Vorlage 613/188/2018) wurde die Verwaltung ermächtigt, der durch den Freistaat Bayern beauftragten Vorplanung mit Variantenuntersuchung in Abstimmung mit der DB Netz AG zuzustimmen. Die zugehörige Verkehrliche Aufgabenstellung (VAST) wurde am 08.07.2019 durch Ref. VI gegenüber der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) bestätigt. Außerdem hat die Stadt Erlangen gegenüber der DB Netz AG eine Erklärung abgegeben, wonach ein mögliches zusätzliches Bauwerk über die Bahnlinie, sofern es im Rahmen des Planungs- und Entscheidungsprozesses zu einer Realisierung kommt, in die Bau- und Unterhaltslast der Stadt Erlangen übernommen werden könnte, wenn dies notwendig wäre. In der Vorplanung wurden vier bauliche Varianten mit Untervarianten entwickelt. Mit UVPA Beschluss vom 15.06.2021 wurde die Variante 1b beschlossen:

Bei der Entwurfsplanung wurde auch die optionale Erweiterung des Steges in Richtung Osten berücksichtigt.

Derzeit plant die DB Netz GmbH eine bauliche Umsetzung ab 2025 und hat die entsprechenden Sperrpausen bereits vorangemeldet. In den Folgejahren sind lt. Aussagen der DB Netz AG derartige Maßnahmen nicht mehr möglich.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Basierend auf den bisherigen Förderbedingungen war der Vorschlag der Verwaltung das Projekt abzulehnen, da die finanzielle Beteiligung der Stadt Erlangen zu hoch gewesen wäre. Auf Basis dieser, zunächst aus finanziellen Gründen, ablehnenden Haltung wurden nochmals Gespräche mit dem Freistaat Bayern geführt. Dieser hat mit dem beiliegenden Schreiben des Bayerischen Staatsministers für Wohnen, Bauen und Verkehr vom 19.06.2023 die Förderbedingungen angepasst. Aus dieser groben in Aussichtstellung aus dem o.g. Schreiben ergeben sich vorbehaltlich folgende geänderten Rahmenbedingungen.

Fahrradabstellanlage:

	Bisherigen Förderung	Aktuelle Förderung
Gesamtkosten Bau:	3.949.000 €	3.949.000 €
Gesamtförderung:	-166.400 €	-1.700.000 €
<u>Zusatzförderung:</u>		-145.000 €
Eigenmittel Stadt Erlangen	3.782.600 €	2.104.000 €

Personenüberführung und Aufzug:

Bau und Invest

	Bisherigen Förderung	Aktuelle Förderung
Gesamtkosten Bau:	5.190.000 €	5.190.000 €
<u>Gesamtförderung:</u>	<u>-2.250.000 €</u>	<u>-3.200.000 €</u>
Eigenmittel Bau	2.940.000 €	1.990.000 €

Betrieb und Unterhalt

Ablösekosten für Unterhalt, Instandsetzung, Erneuerung)	2.252.000 €	2.252.000 €
---	-------------	--------------------

Projektkosten Stadt Erlangen	5.192.000 €	4.242.000 €
------------------------------	-------------	--------------------

Verwaltungskosten DB Netz AG (Bauliche Umsetzung durch DB Netz AG für Stadt Erlangen)	1.050.000 €	1.050.000 €
--	-------------	--------------------

Gesamtprojektkosten	6.242.000 €	5.292.000 €
----------------------------	--------------------	--------------------

Die genannten Förderhöhen beziehen sich auf das beiliegende Schreiben des Staatsministeriums für Wohnen, Bauen und Verkehr vom 19.06.2023. Diese Zahlen gelten vorbehaltlich einer konkreten Antragstellung und Förderprüfung und beziehen sich auf eine Kostenbasis aus dem Jahr 2022.

In einem nächsten Schritt erwartet die DB Netz AG bis Juli 2023 eine verbindliche Zusage zur Projektumsetzung durch die Stadt Erlangen. Auf dieser Basis würde die DB Netz AG die Genehmigungsanträge und Sperrpausenreservierung für 2025 verbindlich anmelden. Entsprechend den Informationen aus dem Ministerium und der DB Netz AG wäre die bis auf weiteres auch das einzige Zeitfenster, da auf dieser Magistrale auf Grund anderer Projekte zunächst keine derartigen Maßnahmen genehmigungsfähig wären.

Weiterhin wird seitens des Ministeriums auch betont, dass beide Projekte im engen Zusammenhang stehen und nur gemeinsam gefördert werden können.

Da weder die bauliche Realisierung der Personenüberführung und des Aufzuges noch der spätere Betrieb durch die Verwaltung mit eigenen Personal realisiert werden können, würden diese Leistungen auf die DB Netz AG übertragen bzw. der Betrieb, Unterhalt und die künftige Erneuerung abgelöst werden.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ☒ ja, positiv*
- ☐ ja, negativ*
- ☐ nein

*Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?*

- ☐ ja*
- ☐ nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
- ☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- ☒ sind nicht vorhanden

Anlagen:

Schnitte

Lageplan

Schreiben Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr vom 19.06.2023

III. Abstimmung

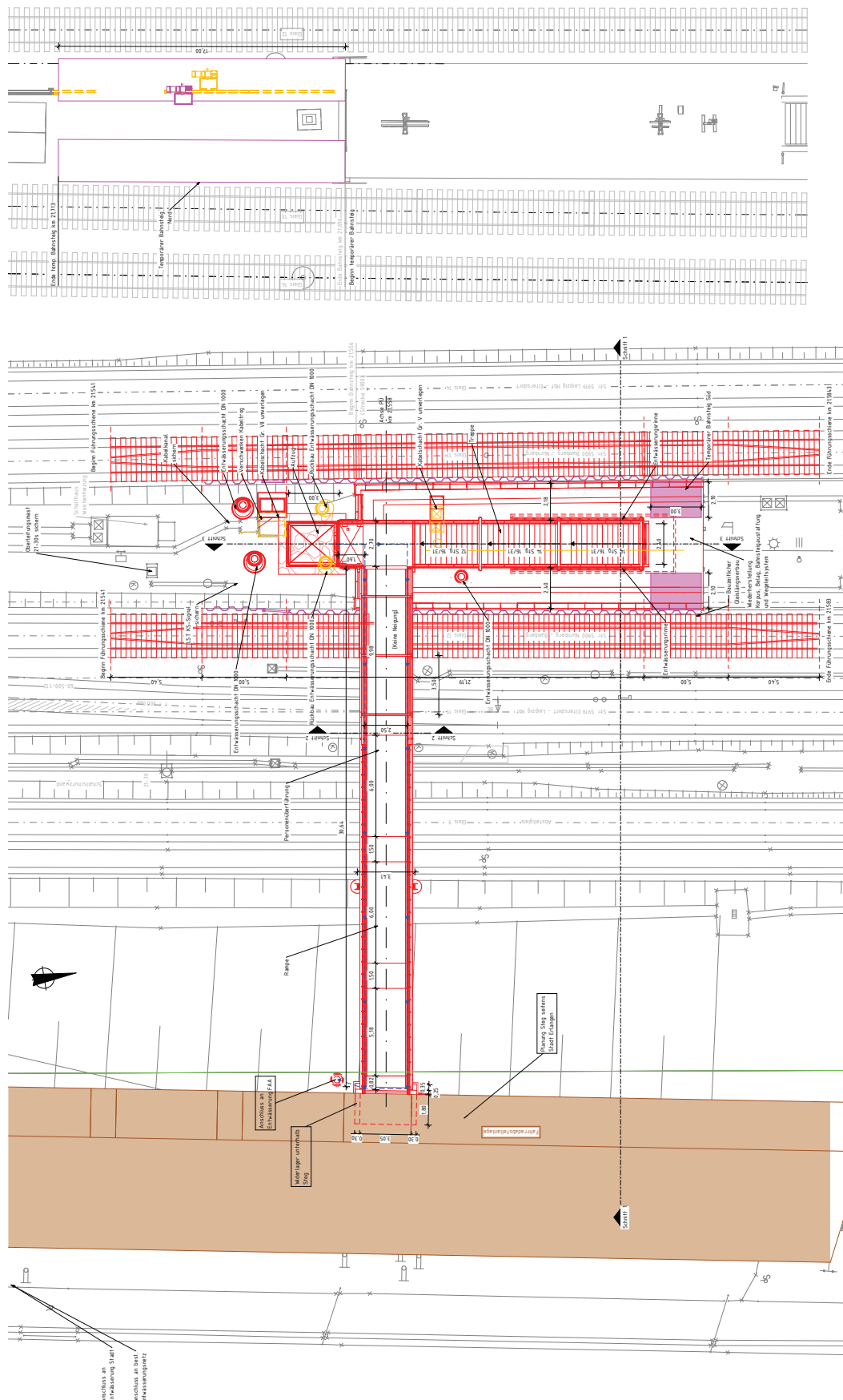
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

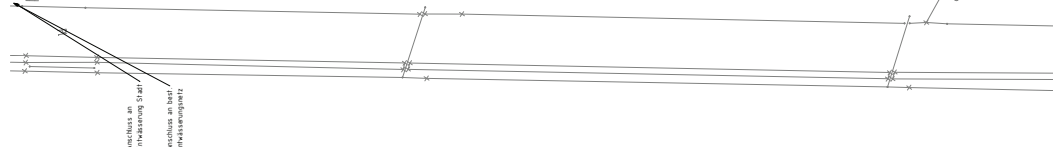
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Grundriss Nord
M 1 : 100



Grundriss Süd
M 1 : 100



LEGENDE

OK Gelände / Bestand
DB-Grenze
Rückbau
Neubau
Temporär / Baubehelf
Entwässerung
Planung Dritter

-system: Gurt-Krieger
 -System: Deutscher Hagföhren Netz (DHN2)
 Quellengabe:
 © Gebietsknoten: Bayerische Vermessungsverwaltung
http://vermessung.bayern.de/filer/7132/Nutzungsbedingungen_Vermessung_Vf
 Vermessung Vf: Vösling Ingenieurbüro für nicht mit Stand vom Oktober 2006

Ergebnis: Die Großdaten der bayerischen Vermessungsverwaltung sind nicht transformiert.

Bauherr	Bauleistungsvertrag / Projektstellung
DB Station&Service AG Europaplatz 1 10557 Berlin	DB Station&Service AG Planung, Bayern - Nord A (0.90-2.072) Bauherrin/Projekt 9 90443 Nürnberg
Bauaufsichtlicher Prüfer gemäß § 10 VwBau	Einseitiges Indentament (EBA)

DB Station & Service AG
Erlangen Paul Gossen Straße
Zusätzlicher Zugang Siemens Campus

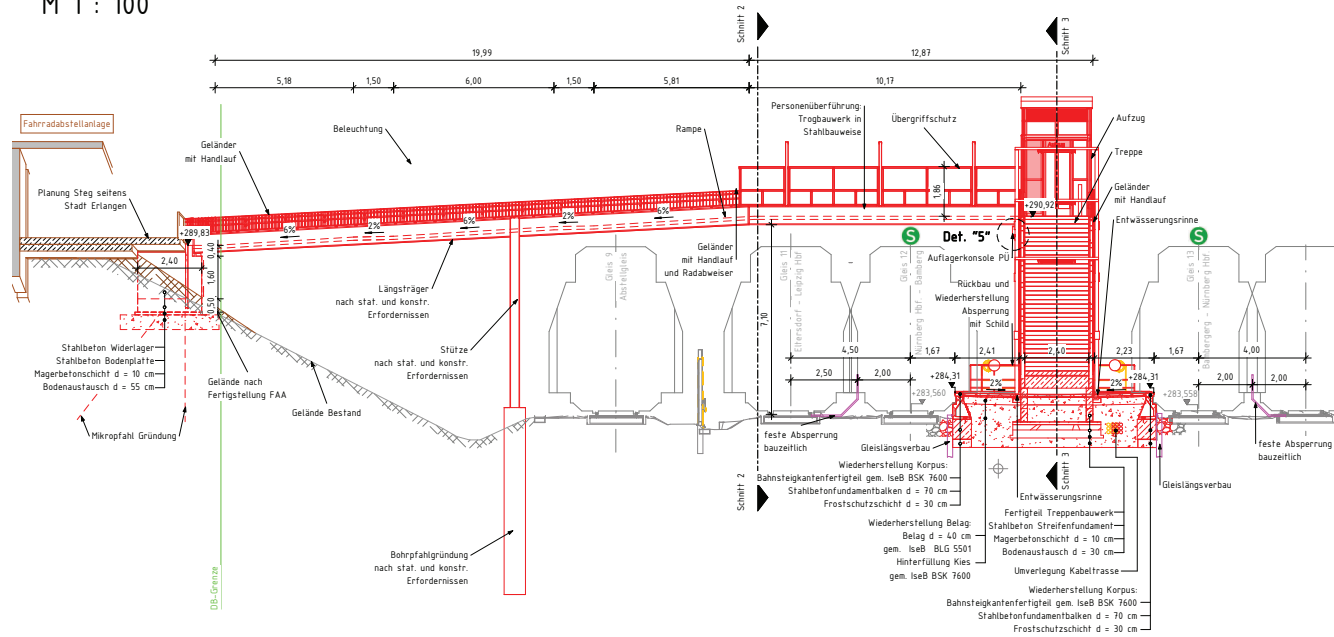
Anlage 8.2.

Plantele und Schmetterlinge im Graubünden

[illegible]

Schnitt 1 km 21,573

M 1 : 100



Darstellung der Boden- und Gesteinsarten in den Schichtenprofilen den Bodenaufschlüsse nach dem geotechnischen Bericht

Bauwerksdaten

Bahn km	21528
Bauart	Stahl Überbau & Bühne, Stahlbeton Gründung
Belastungsannahme	Fußgänger nach DIN EN 1991-1-2
Stützweite (p)	18,78 m und 11,85 m
Lichte Breite	2,50 m
Kreuzungswinkel	100 gon
Lichte Höhe	mind. 7,10 m

Baustoffkennwerte

Bauteil	Beton	Beton	Beton	Beton	Beton
	Feuchtheitsklasse	Festigkeitsklasse	Expositions-kategorie	Betonstahl	Stahl
Sauberkeitsschicht	WF				
Bohrpfähle	WF				
Fundament	WF				
Widerlager	WF				
Stahlbau	WA				
Aufbefon	WF				
Lagersockel	WF				

Endgültige Abmessungen nach statischen, konstruktiven und wirtschaftlichen Erfordernissen

LEGENDE

- OK Gelände / Bestand
- DB-Grenze
- Rückbau
- Neubau
- Temporär / Baubehelf
- Planung Dritter

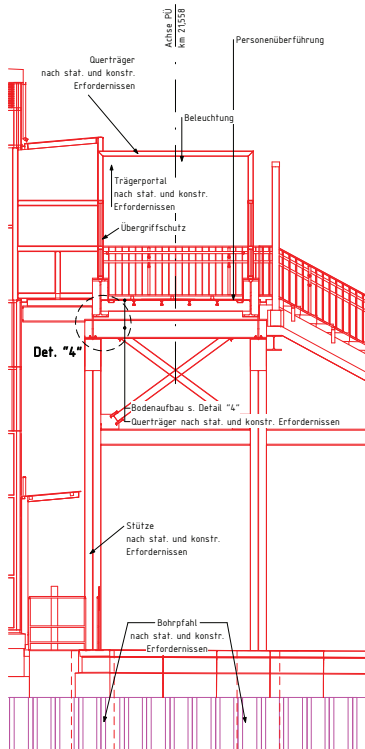
Lagesystem: Gauß-Krüger
Höhensystem: Deutsches Haupthöhen Netz (DHN12)

Quellenangabe:

© Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung
http://vermessung.bayern.de/file/pdf/7203/Nutzungsbedingungen_Viewing.pdf
Vermessung Fa. Vössing Ingenieurgesellschaft mbH mit Stand vom Oktober 2020.

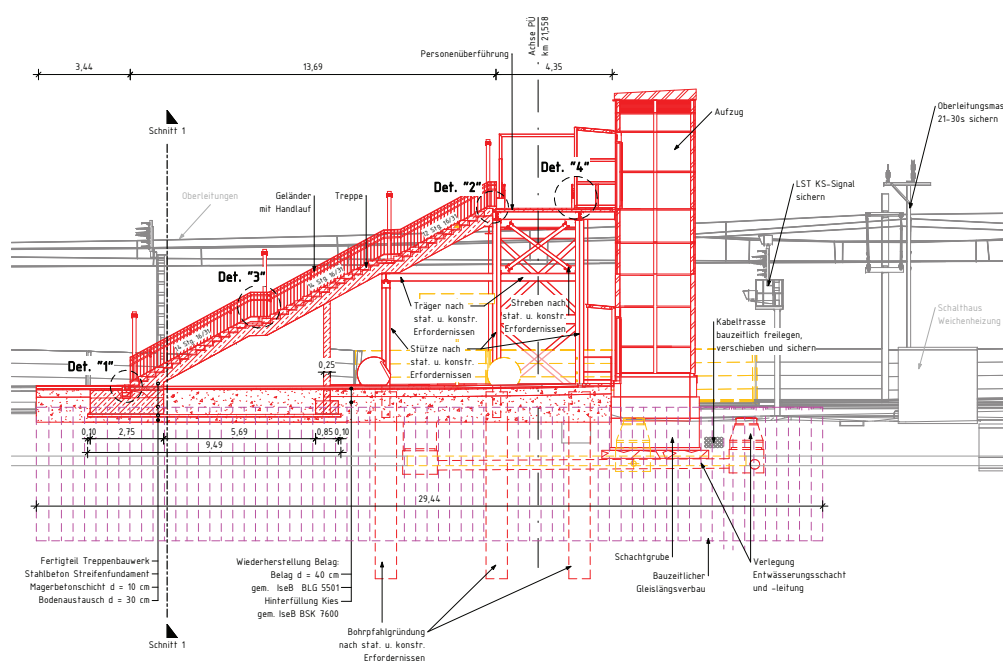
Schnitt 2

M 1 : 50



Schnitt 3

M 1 : 100



Bauher DB Station&Service AG Europaplatz 1 10557 Berlin		Bauherverbreitung / Projektleitung DB Station&Service AG Planung Bayern - Nord A (J.SP-S-IP2) Bahnhofplatz 9 90442 Nürnberg		DB NETZE	
Baudatei Bauteil: DB Station&Service AG bzw. Planträger gemäß VV BAU STE		Eisenbahn-Bundesamt (EBA)			
Projekt: DB Station&Service AG Erlangen Paul Gossen Straße Zusätzlicher Zugang Siemens Campus					
Anlage 8.2.2					
Planstapel und Schnittblätter im Grundriss					
Planungsphase Entwurfsplanung		Strecke Nürnberg Hbf - Bamberg		Maßstab 1:100	
Planbezeichnung Planinhalt		Strecken-Nr. 5800		Bearbeitung CAD Name (Druckchrift) Datum	
Planart Entwurfsplan		Stations-km 21,558		gez. THJ 03/22	
Plannummer V400_33000_P114.002_P01_LP_0002_a_v		Bahnstrecke 7027		gepr. TSC 03/22	
Plansteller Vössing Vössing Ingenieurgesellschaft mbH Nymphenburger Str. 20B D-80335 München +49 (0) 89 32 49 17-0		Bauvorhabenbezeichner (BVB) gemäß VV BAU / VV BAU-STE: Fragebogen der Ausführungsunterlagen gemäß Fragebogen von _____			
Name (Druckchrift) _____ Datum _____ Unterschrift _____		Name (Druckchrift) _____ Datum _____ Unterschrift _____			
Projektleiter Plan genehmigt mit der Freigabe-Nr. _____ des Bauvorhabenbeschlusses von _____		Projektleiter Name (Druckchrift) _____ Datum _____ Unterschrift _____			
Name (Druckchrift) _____ Datum _____ Unterschrift _____		Name (Druckchrift) _____ Datum _____ Unterschrift _____			
Auftraggeber: Die Übereinstimmung mit der Bauausführung wird bestätigt					
Baubeswerber: Bau (BOB) gemäß VV BAU/VV BAU-STE					
Name (Druckchrift) _____ Datum _____ Unterschrift _____		Name (Druckchrift) _____ Datum _____ Unterschrift _____			



Christian Bernreiter

E-Mail
Oberbürgermeister der Stadt Erlangen
Herr Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

München, 19. Juni 2023
StMB-52-3524.13-6-34-3

S-Bahn Nürnberg – zusätzlicher Zugang vom Siemens-Campus zum Haltepunkt Paul-Gossen-Straße in Erlangen; mögliche Förderhöhe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die große Bedeutung der S-Bahn für die Stadt und den Wirtschaftsstandort Erlangen ist mir bewusst. Deswegen begrüße ich, dass Sie sich in dieser Angelegenheit an mein Haus gewandt haben und die gemeinsame Suche nach einer Lösung für die bessere Anbindung des S-Bahn-Halts Paul-Gossen-Straße an den Siemens Campus weit fortgeschritten ist.

Auf Grundlage der von Herrn Amtschef Dr. Gruber am 25. Mai 2023 durchgeführten Besprechung mit Ihnen und weiteren Beteiligten haben wir den möglichen Umfang einer Förderung durch den Freistaat überschlägig berechnet. Die notwendigen Unterlagen dazu sind uns von der Stadt Erlangen zügig bereitgestellt worden, wofür ich mich bedanke.

Die Kosten für den topographischen Mehraufwand wurden wie vereinbart entsprechend der Kostenaufstellung der Stadt Erlangen überschlägig ermittelt, stehen

aber selbstverständlich noch unter dem Vorbehalt der Antragsprüfung und Prüfung des Verwendungsnachweises.

Der Freistaat kann sich demnach voraussichtlich mit etwa 4,9 Millionen Euro an der Gesamtmaßnahme beteiligen.

Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

1. B+R-Anlage

Insgesamt werden 526 Stellplätze errichtet, davon sind 66 Ersatz für bereits geförderte Stellplätze und nicht nochmals förderfähig: Die zuwendungsfähigen Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

498 Doppelstockparker abzügl. 66 Ersatz	432 x 1.200 Euro (Kostenhöchstwert)	518.400 Euro
10 Fahrradboxen mit 20 Stellplätzen	10 x 3.000 Euro (Kostenhöchstwert)	30.000 Euro
8 Plätze für Sonderräder	8 x 2.400 Euro (doppelter Kostenhöchstwert)	19.600 Euro
„Topografische Mehrkosten“		1.323.000 Euro
Summe der zuwendungsfähigen Kosten		1.891.000 Euro

Daraus ergibt sich eine mögliche Gesamtförderung für die B+R-Anlage aus BayGVFG, Radverkehrs-Sondermitteln und BayFAG mit einer Förderquote von 90 % in Höhe von ca. 1,7 Millionen Euro.

Die Schließfacheinrichtung wäre grundsätzlich auch förderfähig, soll voraussichtlich jedoch durch einen privaten Fahrradladen betrieben werden. Insoweit wären diese Anteile der Maßnahme nicht förderfähig. Solche Einrichtungen könnten bei kommunaler Betreiberschaft mit 75 % gefördert werden, da grundsätzlich geförderte Anlagen nicht für private Gewinnerzielung zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Akku-Lademöglichkeit, Reparaturstation und Photovoltaikanlage können ebenfalls mit 75 % gefördert werden, soweit sie nicht von privater Seite betrieben werden. Hierzu liegen jedoch noch keine Kosten vor.

1. Steg mit Aufzug

Die zuwendungsfähigen Kosten für den Steg haben wir mit überschlägig rund 3,0 Millionen Euro angesetzt.

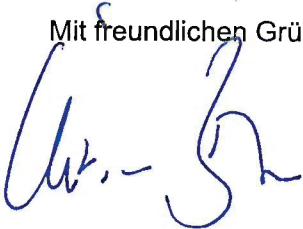
Anders als zunächst vorgesehen, soll auch eine Förderung des Aufzugs als zweitem barrierefreien Zugang der Station erfolgen. Bei den Investitionskosten für den Aufzug gehen wir von 800.000 Euro an zuwendungsfähigen Kosten aus. Eine Beteiligung an den Unterhalts- bzw. Betriebskosten ist nicht vorgesehen.

Der Umfang der möglichen Förderung für Steg und Aufzug bei einer Förderquote von 85 % liegt somit bei ca. 3,2 Millionen Euro.

Ich hoffe und gehe davon aus, dass Sie aufgrund der vorgelegten Zahlen Ende Juni einen positiven Stadtratsbeschluss erreichen werden und die Anlage auch zeitnah realisiert werden kann. Eine verbindliche Entscheidung über die Maßnahmenrealisierung ist bis spätestens Juli 2023 notwendig, da sonst nach Aussage der Deutschen Bahn die Umsetzung 2025 nicht mehr möglich ist und auch darüber hinaus keine zeitliche Perspektive in Aussicht gestellt werden kann.

Mein Kabinettskollege Staatsminister Joachim Herrmann erhält einen Abdruck dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



**Stadträte
für gesunden Menschenverstand**

Stadtratsgruppe
Alternative für Deutschland
Nägelsbachstr. 49a, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Die AfD-Stadträte
Dipl.-Kfm. Siegfried Ermer
Christine Otter
Telefon: 0171 771 82 45
E-Mail: kv.erh@afdbayern.de

25.06.2023

Anfrage: Ausbau der Energie-Infrastruktur in Erlangen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Anfang Mai gab Deutschlands größter Immobilienkonzern Vonovia bekannt, eine Vielzahl von bereits installierten Wärmepumpen nicht anschließen zu können, weil nicht genügend Strom zur Verfügung stehe. Gleichzeitig stand im Handelsblatt, dass Netzbetreiber befürchten, der steigende Stromverbrauch könne das Netz destabilisieren und sie sich daher mehr Möglichkeiten wünschen, Wärmepumpen und Ladestationen abzuschalten um das Netz zu entlasten.

Die gesetzlichen Vorgaben der Bundesregierung sehen jedoch vor, in Zukunft nur noch Wärmepumpen und Stromheizungen zuzulassen, bis 2030 sollen sechs Millionen Geräte angeschlossen sein. Zudem soll die Elektromobilität massiv erhöht werden.

Vor oben genannten Hintergründen bitten wir daher um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welchem Anstieg des Stromverbrauchs rechnen die EStW in den kommenden zehn Jahren?
2. Reichen die bestehenden Stromnetze aus, um den weiteren Ausbau von Wärmepumpen und Elektroladestationen zu ermöglichen?
3. Falls nein, welche Maßnahmen sind in den nächsten Jahren geplant, um entsprechende Kapazitäten aufzubauen?
4. Welche Kosten werden der Stadt Erlangen dadurch entstehen?

Siegfried Ermer
Christine Otter
AfD-Stadtratsgruppe

**Stadträte
für gesunden Menschenverstand**

Stadtratsgruppe
Alternative für Deutschland
Nägelsbachstr. 49a, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Die AfD-Stadträte
Dipl.-Kfm. Siegfried Ermer
Christine Otter
Telefon: 0171 771 82 45
E-Mail: kv.erh@afdbayern.de

25.06.2023

Anfrage: Migration

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Stadt Erlangen engagiert sich bei der Migration außergewöhnlich stark. Daher werden Maßnahmen und deren Aufwendungen überdurchschnittlich sein. Auch ist zu erwarten, dass uns diese Aufgaben noch viele Jahre begleiten werden.

Wir stellen deshalb hierzu folgende Fragen und bitten um deren schriftliche Beantwortung:

1. Wie viele Personen befinden sich derzeit nachweislich in Erlangen, die sich ohne Ausweispapiere oder ohne einen zugesprochenen Aufnahmetitel hier aufhalten (sog. illegale Einwanderung)?
2. Wie viele Ukrainer sich derzeit in der Stadt Erlangen gemeldet?
3. Wie viele mehr als der Verteilungsschlüssel vorgibt hat Erlangen freiwillig aufgenommen (z.B. sog. Bootsflüchtlinge)?
4. Wo sind diese Personen(gruppen) derzeit untergebracht?
5. Was kostet der Stadt monatlich die Aufnahme von Flüchtlingen, illegalen Migranten und Personen mit Ukrainischer Staatsangehörigkeit?
6. Mit welcher Summe werden derzeit alle Kosten (Unterbringung, Verpflegung und soziale Leistungen) für Flüchtlinge, Migranten und Ukrainer budgetiert? Die Beantwortung möge nach folgenden Leistungen spezifiziert werden (analog BW-Flüchtlingsrat):
 - a) Sozialleistungen
 - b) Gesundheitsleistungen
 - c) Unterbringung und Wohnen
 - d) Sprachförderung
 - e) Bildung - Schule, Berufsschule, Studium
 - f) Ausbildung und Arbeitsmarkt
 - g) Alltag & Freizeit

Stadträte für gesunden Menschenverstand

7. Wie viele Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gehen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach (in Anzahl und Prozent)?
8. Wie viele Personen, gemeldet in Erlangen, wurden seit 2016 in ihr Zielland (Heimatland) zurückgeführt?
9. Wie viel Personalstunden und -kosten werden monatlich für diesen gesamten Aufgabenbereich aufgewendet?

Siegfried Ermer
Christine Otter
AfD-Stadtratsgruppe